



Bierellähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserionsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Serrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 72. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 12. Februar 1876.

Deutschland.

Berlin, 11. Februar. [Amliches.] Se. Majestät der König hat den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Hermann Cohen zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Marburg ernannt; und dem Ingenieur und Bevollmächtigten des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation Friedrich Carl Glaser zu Berlin den Charakter als Commissions-Rath verliehen.

Am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Osterburg ist der bisherige Hülflehrer Gotisch als ordentlicher Lehrer provisorisch angestellt worden.

Zu Obergerichts-Äfforen sind ernannt: der Amtsrichter Jendart in Westmünde und der Amtsrichter Stolz in Burgwedel bei dem Obergericht in Hannover, der Amtsrichter Ey in Duderstadt bei dem Obergericht in Verden. Dem Kreis-Gerichts-Rath Liese in Leobsdorf und dem Kreis-Gerichts-Rath Bittmann in Ahnried sind die Functionen der Abtheilungs-Dirigenten in dem betreffenden Kreis-Gerichten übertragen. Verlegt sind: Der Friedensrichter Julius-Rath Stellens in Verntafel an das Friedensgericht in Dören, der Kreisgerichtsrath Hess in Walenburg an das Kreisgericht in Hirschberg, der Ober-Amtsrichter Wuthmann in Lötstedt an das Amtsgericht in Sarburg, der Ober-Amtsrichter Jeypenfeld in Burgdorf an das Amtsgericht in Hildesheim und der Amtsrichter Dr. Schellmann in Kirchhain als Kreisrichter an das Kreisgericht in Kassel. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: Der Gerichtsassessor Burchard bei dem Kreisgericht in Billtalke, der Gerichtsassessor von Unruh bei dem Kreisgericht in Cammin, der Gerichtsassessor Gamradt bei dem Kreis-Gericht in Neidenburg, mit der Function als Gerichts-Commissar in Soltau. Dem Kreisgerichtsrath Dulheuer in Arnberg ist die nachgeschickte Dienst-Entlassung mit Pension ertheilt. Der Ober-Amtsrichter Meyer in Leer und der Kreisrichter Nixdorf in Oepeln sind gestorben. Der Staats-Anwalts-Behilfe Dr. Jsenbier in Schneidemühl ist in gleicher Amteigenschaft an die Staatsanwaltschaft der Kreisgerichte in Ostrowo und Kempen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ostrowo, versetzt.

Berlin, 11. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfangen heute den General-Intendanten der königlichen Schauspiele, v. Hülsen, und den neu ernannten Intendanten des königlichen Theaters in Kassel, v. Gilla, nahmen militärische Meldungen entgegen und beschäftigten hierauf die in diesem Jahre in die Armee übertretenden Kadetten des hiesigen Kadetten-Corps im Beisein ihrer Vorgesetzten. Später empfingen Se. Majestät den Besuch Sr. Kaiserlichen und Königl. Hoheit des Kronprinzen.

Gestern fand der erste große Fußball auf dem königlichen Schlosse statt. Heute besuchte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin die Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg und beschäftigte die Orchester-Ausstellung des Vereins Cypria.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittags den General-Lieutenant v. Blumenthal, Commandeur der 22. Division, und ertheilte dem Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Preiß aus Carlsbad, sowie dem Hof-Buchhändler Dr. Töche Audienzen. Abends 7 1/2 Uhr besuchte Se. Kaiserliche Hoheit die Vorstellung im Circus Renz und begab sich um 9 1/2 Uhr mit Ihrer Kaiserlichen und Königl. Hoheit der Kronprinzessin zum Balle nach dem königlichen Schlosse.

Berlin, 11. Februar. [Kirchliche Statistik.] Der evangelische Oberkirchenrath läßt einer früheren Circular-Berufung gemäß den Constatirten vierjährlich statistischen Mittheilungen über die im verflossenen Quartale vollzogenen Taufen und kirchlichen Trauungen innerhalb der evangelischen Gemeinden zugehen. Neuerdings sind die betreffenden Tabellen über das 4. Quartal 1874 zur Verfertigung gelangt. Nicht uninteressant sind die Bemerkungen, mit welchen der Evangelische Oberkirchenrath diese Mittheilungen begleitet. Es wird hiermit, heißt es u. A., eine Reihe statistischer Nachweise eröffnet, welche zu den wichtigsten auf dem Gebiete der kirchlichen Statistik gehören. Dieselben bilden künftig die einzigen amtlichen Urkunden, aus denen eine sichere Kenntniß geschöpft werden kann, in welchem Umfange vom evangelischen Volke die Taufe und kirchliche Trauung nach Aufhebung des gesetzlichen Zwanges aus eigener Bewegung gesucht werden. Selbst bei der größten Sorgfalt Seitens der Geistlichen bei Anfertigung der Nachweisungen erwachsen in Bezug auf die Genauigkeit derselben mancherlei Schwierigkeiten aus den tatsächlichen Verhältnissen. Das von zwei verschiedenen Verwaltungsvorgängen, den Standesämtern und dem königlichen statistischen Bureau einerseits und den Pfarrämtern und kirchlichen Behörden andererseits zu beschaffende Material hat den Mangel, daß sich weder nach Ort noch nach Zeit die kirchlichen und kirchlichen Acte decken. Trauungen finden öfter anderswo als die Civilhehen, Taufen oft in späteren Quartalen als die Geburten statt. Diese und andere Schwierigkeiten werden bis zu einem gewissen Grade eine Ungenauigkeit der statistischen Ergebnisse zur Folge haben. Allerdings ist zu hoffen, daß diese Ungenauigkeit mit der Zeit mehr und mehr schwinden wird. Diese Erläuterungen geben zugleich hinsichtlich der vorliegenden Nachweisungen über das 4. Quartal 1874 die Erklärung des auffälligen Umstandes, daß bei einzelnen Kreisen die für die kirchlichen Acte berechnete Zahl die Anzahl der vorgekommenen bürgerlichen Acte übersteigt; überhaupt seien, heißt es in dem Circular des Evangelischen Oberkirchenraths, die Resultate dieser Nachweisungen noch nicht in gleicher Weise wie die künftigen Ermittlungen als sicher anzusehen. Dies vorausgeschickt, wird man die nachstehenden Ziffern der gedachten Uebersicht mit Vorsicht aufnehmen. Es sind nach der Nachweisung im 4ten Quartal:

in der Provinz	Preußen	geboren	24,186	getauft	21,147
"	Brandenburg	"	31,708	"	25,259
"	Pommern	"	14,631	"	13,839
"	Posen	"	5,789	"	5,127
"	Schlesien	"	19,692	"	16,169
"	Sachsen	"	20,800	"	18,459
"	Westfalen	"	9,719	"	8,525
"	Rheinprovinz	(fehlen die statistischen Angaben)	"	"	9,611

Bürgerliche Eheschließungen fanden statt:	in Preußen	5,785	kirchlich getraut	4,711
"	Brandenburg	8,158	"	4,272
"	Pommern	3,401	"	2,997
"	Posen	1,037	"	874
"	Schlesien	3,745	"	2,805
"	Sachsen	4,758	"	3,262
"	Westfalen	1,976	"	1,593
"	Rheinprovinz	(?)	"	2,226

Berlin, 11. Februar. [Der Bundesrath.] Die Justiz-Commission. — Das Parlaments-Gebäude. Der Bundesrath wird, voraussichtlich schon morgen, zu einer Plenarsitzung zusammengetreten. Man hat ein wesentliches Interesse daran, sobald wie möglich über die Reichstagsbeschlüsse welche ja bereits im großen Umfange dem Bundesrath vorliegen, zu einer Verständigung zu gelangen,

um die Resultate der soeben beendeten Reichstagsession zum Abschluß zu bringen. Wir erfahren mit Bestimmtheit, daß der Bundesrath der Strafrechtsnovelle, wie sie aus den Beschlüssen der dritten Lesung des Reichstages hervorgegangen, durchweg zustimmen wird. In Bundesrathskreisen ist man ferner der Ansicht, daß die Reichsregierung von weiterer Revision des Strafrechtsgesetzbuches Abstand nehmen und nicht wie vielfach vermutet wurde, zufolge der ablehnenden Beschlüsse des Reichstages bezüglich einzelner Bestimmungen in der nächsten Session neue Vorschläge machen werde. — Die Justiz-Commission des Reichstages hat sich heute mit dem Einführungs-Gesetz zum Gerichts-Verfassungs-Gesetz beschäftigt. Die §§ 2 (wonach die Vorschriften des Gerichtsverfassungs-Gesetzes nur auf die ordentliche Streitige Gerichtsbarkeit und deren Ausführung anwendbar) und 7 sind vorläufig ausge-
setzt. § 8 dagegen wurde abgelehnt. Derselbe lautet: „Durch die Gesetzgebung eines Bundesstaats, in welchem mehrere Oberlandes-Gerichte errichtet werden, kann die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte gehörenden Revision und Beschwerden in Strafsachen, in Gleichen der Berufungen und Beschwerden gegen die Entscheidungen der Handelsgerichte ausschließlich einem der mehreren Oberlandesgerichte zugewiesen werden.“ Zur Theilnahme an der Verhandlung über § 7, welcher den Oberlandesgerichten die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit des Reichsgerichtes gehörenden Revision und Beschwerden in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zuwenden will, mit Ausnahme solcher bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche zur Kompetenz des Reichs-Oberhandelsgerichtes gehören oder durch Reichsgesetz dem Reichsgerichte zugewiesen werden, ist der königlich bairische Justizminister Dr. von Fautstle hier eingetroffen, dessen Erscheinen in der Justiz-Commission morgen erwartet wird. — Die sogenannte Baucommission des Reichstages, welche sich mit dem Terrain für das künftige Parlamentsgebäude, sowie mit einigen baulichen Veränderungen an dem provisorischen Reichstagsgebäude zu beschäftigen hat, war gleichfalls heute in Verhandlung getreten. Der z. Z. hier anwesende und als preussischer Abgeordneter auch für die nächsten Monate in Berlin verweilende Vice-Präsident Professor Hänel führte den Vorsitz. Die Schwierigkeiten in der Auf-
findung eines geeigneten Platzes zeigten sich in demselben Umfange wie bisher und die Commission sah sich bereits genöthigt, von einigen bisher vorgeschlagenen Projecten abzusehen. Uebrigens hat man beschlossen, über die Einzelheiten der Verhandlungen, sowie über die Beschlüsse der Commission zunächst nichts an die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. Jedemfalls steht fest, daß die Mitglieder mit Bestimmtheit der Ansicht sind, ihren Auftrag bis zur nächsten Session erledigen und durchaus annehmbare Vorschläge machen zu können.

Berlin, 11. Februar. [Die Einigkeit zwischen der Fortschrittspartei und den Nationalliberalen.] Der Reichstags-Sessions-Schluss bekam durch die Worte des Reichskanzlers, durch den Dank für die collegialische Mitwirkung und durch den Wunsch des Wiedersehens im Herbst zur Fortsetzung des Werkes einen besonderen Charakter. Erwägt man, die Besorgnisse der nationalliberalen Partei, zu den Wahlen werde unter der Regide des Reichskanzlers ein Feldzug gegen sie zum Zweck ihrer Zerreißung in eine reine Regierungspartei und eine auszuführende Opposition verübt werden, erwägt man, daß diese Besorgnisse auf die Beschlüsse der dritten Lesung der Strafrechts-Novelle einen nicht abzuleugnenden Einfluss geübt haben, erwägt man ferner, daß ein gewisser Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Vice-Minister-Präsidenten nicht mehr befrüchten werden konnte und man durch die begründeten und unbegründeten Nachrichten zu der übertriebenen Furcht gelangte, es könne eine Auflösung des Reichstages schon zum Sommer planirt werden, damit die Reichsjustizgesetze ins Wasser fielen; — erwägt man dies alles, so muß man zu dem Ergebnis kommen, der Reichskanzler habe seine Worte sehr sorgfältig gewählt, um die nationalliberale Partei darüber zu beruhigen, daß er für diesmal mit den verhältnismäßig kleinen Zugeständnissen bei der Strafrechtsnovelle zufrieden sei und sich auf weitere Nachgiebigkeit im Herbst gefaßt mache. Man würde aber irren, wenn man annähme, daß damit für die liberalen Reichstagsabgeordneten die Aussicht in die Zukunft sehr freudentrich sich gestalte. Zunächst wird der preussische Landtag schwere Kämpfe heraufzuführen, bei denen die Eintracht, welche in wirtschaftlich-finanziellen Fragen eine Mehrheit der Nationalliberalen mit der darin einmüthigen Fortschrittspartei verband, kaum vorhalten dürfte. Die Stellung, welche die Fortschrittspartei schon von vornherein zu dem Eisenbahn-Antausproject des Reichskanzlers angenommen hat und die Einmüthigkeit, mit welcher sie der General-Synodalordnung entgegengetreten wird, läßt befürchten, daß in der Landtagsession das ziemlich gute Einvernehmen, welches Dank dem linken Flügel der Nationalliberalen zwischen den beiden liberalen Parteien des Reichstages im Ganzen genommen bestanden hat, durchaus nicht vorpalten werde, und daß es zu den Landtagswahlen im Herbst in eine den conservativen Plänen nützliche Feindseligkeit ausarten könnte. Dies der Grund, weshalb die Beschwerde Saunders über die Verdächtigungen der Fortschritts-Partei durch die „National-Zeitung“ und andere Blätter auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Der heutige Leitartikel der „National-Zeitung“, der eine dringende Mahnung an die Einigkeit der liberalen Parteien mit einer Art Reconvocation verbindet, beweist es. Vielleicht gelingt es dem guten Willen beider Parteien, die Landtags-session im leidlichen Einvernehmen zu bestehen. Wenn dies der Fall ist, werden die beiden diesmal viele Monate früher als sonst in Thätigkeit tretenden Centralwahlcomites auch im Stande sein, unter einander die erforderlichen Vereinbarungen dahin zu treffen: daß eine Anzahl Wahlkreise, entsprechend dem Wunsche der Wahlberechtigten derselben, ausgedehnt werden, in welchen die beiden Parteien unter einander rückständiglos um den Sieg ringen, während außerhalb derselben vollständig Frieden gehalten und wo es noth thut, sogar in engstem Bündniß gegen die gemeinschaftlichen Gegner operirt wird.

[Die Fortschrittspartei] hatte unmittelbar vor der gestrigen Abend-sitzung noch eine Fraktions-sitzung, um sich darüber zu einigen, wie man sich bei der Schlussabstimmung über die Strafnovelle verhalten solle. Da die schlimmsten Paragraphen der Vorlage abgelehnt oder doch so abgeschwächt worden sind, daß voraussichtlich ein großer Schaden aus ihnen nicht entstehen wird, so waren viele Mitglieder der Fortschrittspartei bei der Schlussabstimmung für das Gesetz zu stimmen.

Die Mehrheit dagegen meinte: Der von vornherein von der Fraktion eingenommene Standpunkt, wonach sie meine, daß zu den wirklichen Verbesserungen des Strafrechtsgesetzes ein dringendes Bedürfniß nicht vorliege, daß dem Reichstage in anderen Paragraphen die freigebliebenen Summen ohne ein irgend deutliches Motiv gemacht werden und diese ein entschiedenes Nein nöthig machten, — erfordere zur Zeit die Ablehnung, da die Fraktion den Kanzelparagraphen, den Paragraphen Duchesne und den Paragraphen Arnim vergeblich bekämpft habe. Die Minderheit sagte sich dem Mehrheitsbeschlusse, nur einzelne Abgeordneten, namentlich aus Gegenben, welche bei den Kämpfen gegen die Clericalen lebhaft engagirt sind, machten von dem Rechte Gebrauch, nach Angabe der Motive abweichend zu stimmen. Wenn einer von der Minderheit, der Abg. Roland unmittelbar nach der Fraktions-sitzung aus der Fraktion austrat, so stand dies wohl nur in sehr losem Zusammenhang mit dem vorliegenden Gegenstande. Wenigstens haben viele Fraktionsmitglieder, wie ich höre, diesen Austritt schon lange erwartet, da sie der Meinung waren, daß der Abg. für Naumburg-Weißfels-Zeitz schon seit mehreren Jahren ausgeschieden sein würde, wenn ihn nicht der Einfluss Hooverbeck's an die Partei gefesselt hätte, zu der er nach seinen Ansichten nicht mehr gehörte.

N.-L.C. [Die ständige Deputation des volkswirtschaftlichen Congresses] hatte heute im Reichstage eine Besprechung über Zeit, Ort und Tagesordnung des nächsten Congresses. Anwesend waren Dr. Braun, Geh. Rath Michaelis, Dr. Bamberger, Dr. Böhmert (Dresden), Dr. Gemminghaus (Carlsruhe), Dr. Faucher, Dr. Kapp, Dr. Hammacher, Zwickler (Magdeburg), Frhr. v. Rübeck (Wien), Seyffardt (Gresfeld), Dr. Wolff (Stettin), Rickert (Danzig), Dr. Weigert (Berlin), außerdem der Abg. Mosle (Bremen). Die zu der Besprechung eingeladenen Vertreter des Vorstandes des Vereins für Socialpolitik hatten sich entschuldigt; Herr Prof. Nasse hatte jedoch in einem Schreiben an den Vorsitzenden, Dr. Braun, den Wunsch ausgesprochen, daß der Congress nicht in der Zeit von Mitte August bis Mitte September berufen werde, sondern etwas später. Im Uebrigen hatte Herr Nasse die Hoffnung ausgesprochen, daß bei seiner demnächstigen Anwesenheit in Berlin sich Gelegenheit finden würde, das Weitere über das verabredete Zusammenwirken des Congresses der Volkswirthe und des Vereins für Socialpolitik zu besprechen. Es wurde demnach beschlossen, die von dem Abg. Mosle ergangene Einladung, den nächsten Congress in Bremen abzuhalten, anzunehmen. Derselbe wird vom 25. bis 28. September stattfinden. Auf die Tagesordnung sind vorläufig folgende Gegenstände gesetzt: 1) Werth- oder Gewichtszölle? 2) Erneuerung der bestehenden und Abschließung neuer Handelsverträge. 3) Gesetzliche Regelung des Feingehaltes von Gold- und Silberwaaren. 4) Volkswirtschaftliche Bedeutung des Verhältnisses zwischen dem Bau- und den Betriebskosten der Eisenbahnen. 5) Ankauf der deutschen Eisenbahnen durch das Reich.

D.R.C. [Fußball.] Der gestern Abend bei den kaiserlichen Majestäten im Weißen Saale des königlichen Schloßes stattgehabte Ball war sehr zahlreich besucht. Die Gäste, unter denen sich zahlreiche Mitglieder des Reichs- und Landtages, Vertreter der Wissenschaft und Kunst und der städtischen Behörden befanden, stellten sich schon gegen 8 1/2 Uhr ein. Um 9 Uhr waren die Säle schon vollständig gefüllt. Um 9 3/4 Uhr erschienen die Majestäten. Bald nach dem Erscheinen der höchsten Herrschaften begann der Ball mit einer Polonaise, an der neben dem kaiserlichen Paar die sämmtlichen Mitglieder des Hofes Theil nahmen. Um 11 Uhr fand Souper an den Buffets statt, dann wurde der Ball fortgesetzt, der um 1 Uhr sein Ende erreichte.

[Die auswärtige Politik.] Man schreibt der „Magdeburger Zeitung“ von hier: „Der Kanzler Fürst Bismarck soll gestern (am Mittwoch) Abend nach der Sitzung vertraulich zwei Persönlichkeiten namhaft gemacht haben, die besitzen gewesen wären, in den höchsten Salons einen Einfluss auf die auswärtige Politik auszuüben.“

D.R.C. [Die Meyer-Bamberger'sche Affaire.] Wie wir hören, ist in der Meyer-Bamberger'schen Affaire Audienztermin in Lagerhaus, Klosterstraße 76, Zimmer Nr. 8, auf Montag, den 14. d. Mis., Vormittags, anberaumt. Als Staatsanwalt wird Herr Tessenborn selbst fungiren; als Zeugen sind geladen die Herren Dr. Klee, Dr. Kapp, Dr. Dernburg und Herr Dr. Bamberger selber. Seine Vertbeidigung wird Herr Meyer selbst führen.

[Der Verein deutscher Spiritushändler und Spiritfabrikanten] hält am 16. d. im Englischen Hause (bei Hüsters) in Berlin seine zweite ordentliche Generalversammlung ab. In der vorjährigen ersten Versammlung ist der Ausschuss mit einer Reihe wichtiger Aufträge versehen worden, über deren Erledigung dies Mal Bericht erstattet wird. Dahin gehören: Verhandlungen wegen Einführung des Handels nach Gewicht (mit Professor Dr. Förster, unter Zuziehung vieler Sachverständigen), Eingaben an das Reichseisenbahnamt und den Eisenbahnverband, die Fracht für leere Fässchen betreffend, Reclamationen wegen Hamburgs Monopol im Handel mit russischem Spirit, gutachtliche Aeußerungen über die Handelsverträge und Zolltarife. Der Vereins-Vorsitzende, Commercienrath B. J. Stahlberg (Stettin) referirt über das Nichtgelingen der Verhandlungen versprechen interessant zu werden. Gäste sind willkommen.

Hamburg, 10. Februar. [Eine social-demokratische Versammlung] in Hamburg ist dieser Tage aufgelöst worden. Das auf die Tagesordnung gestellte Thema lautete: „Was will die Socialdemokratie?“ Nachdem zwei Redner über die Beantwortung dieser Frage sich hatten vernehmen lassen, kehrte der dritte Redner, Arbeiter Müller, das Thema in der Weise um, daß er zu zeigen und darzulegen versuchte, was die Socialdemokratie nicht wolle und lief nun diese letztere Erörterung so ziemlich darauf hinaus, daß unsere bestehenden staatlichen Ordnungen und Einrichtungen sämmtlich nicht zu gebrauchen seien. Dies gab dem Polizeiangehörigen Veranlassung, den Redner zu unterbrechen und den sofortigen Schluß der Verhandlung zu verlangen, der denn auch vom Vorsitzenden ausgesprochen wurde.

Nassau, 10. Februar. [In der bischöflichen Diocese Limburg,] welche das frühere Herzogthum Nassau und die Stadt Frankfurt umfaßt, hatten bisher zwei katholische Geistliche, Namens Junk und Joff, die Maßgabe anerkannt, weshalb die Spernung des Staatsgehaltes gegen sie aufgehoben worden war. Der eine von ihnen war an die Strafanstalt zu Ziegenhain versetzt worden, und somit blieb nur noch ein rändiges Schaf in der Diocese, deren bischöfliches Leib-Organ, der „Nassauer Bote“, bisher immer gerührt hatte, es gebe

kein rändiges Schaf in der Diocese. Heute veröffentlicht nun dieser Eine, Parrer Junk in Bad Ems, folgende Erklärung, der man es ansieht, daß sie ihm abgedrungen ist:

„Unter dem Eindruck höchst schmerzlicher Erfahrungen, die ich in Folge der Gesetze vom 22. April und 20. Juni v. J. gemacht, habe ich bei der kgl. Staatsregierung eine Erklärung eingereicht, welche, an und für sich betrachtet und abstract genommen, wenigstens nach meiner Ansicht und Intention, der Anerkennung der Unterthanenpflichten einen nach der katholischen Lehre keineswegs unzulässigen Ausdruck gab. Da jedoch der Wortlaut dieser Eingabe unter den obwaltenden Verhältnissen dem Zweifel meiner kirchlichen Treue Raum giebt, so habe ich, um das in und außer meiner Gemeinde entstandene Aergerniß zu heben, meinem hochwürdigsten Herrn Bischof entsprechende Genugthuung zu leisten mich erboten, namentlich mich auch bereit erklärt, auf alle aus meiner Eingabe an die Staatsbehörde entspringenden materiellen Vortheile Verzicht zu leisten. Dies bringe ich noch mit der Versicherung zur öffentlichen Kenntniß, daß es mit Gottes Hilfe mein Bestreben sein wird, der von mir angebotenen Obedienz und Abwehren in vollem Umfange gerecht zu werden. — Junk, Parrer.“

Diese Erklärung ist namentlich darum interessant, weil sie klar ausdrückt, daß jetzt ein katholischer Geistlicher auch durch Erfüllung solcher Unterthanenpflichten, die nach der katholischen Lehre unzulässig sind, ein Aergerniß geben kann.

Mainz, 10. Februar. [Versammlung.] Wie gemeldet wird, ist auf den 16. d. M. eine Generalversammlung des Vereins deutscher Katholiken in den Frankfurter Hof ausgeschrieben, in welcher die förmliche Auflösung des Vereins beantragt werden soll. Bekanntlich hat das preussische Ober-Tribunal durch ein neuliches Erkenntniß die Schließung dieses Vereins ausgesprochen.

Österreich.

Wien, 10. Februar. [Das Ministerium und die Ausweisungen.] Die „Neue freie Presse“ bricht heute das Eis, indem sie die Initiative ergreift, um die Ausweisungen norddeutscher Correspondenten aus Wien zu besprechen. Den Fall Levysohn kennen Ihre Leser. Der andere betrifft die „Abfassung“ des, auch bei Ihnen bekannten Kilian. Indessen habe ich Grund zu glauben, daß es sich hierbei nur um die rein formelle Erneuerung eines, bereits seit vorigem Sommer schwebenden Ausweisungsbefehles handelt, in dem immer nur Frist-Erweiterungen bewilligt worden sind und hoffentlich auch diesmal noch bewilligt werden. Ein dritter Fall scheint sich nur in so weit zu bestätigen, als dem betreffenden Kollegen ein Avertissement erteilt worden ist, weshalb ich von jeder Namens-Nennung Abstand nehme. Daß ein liberales Ministerium, sobald es anfängt gegen die Presse mit reinen Polizei-Maßregeln zu wüthen, den Akt, der es selber trägt, abläßt, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Indessen wird auch Niemand darum es für ein harmloses Vergnügen halten, wenn jemand durch ein falsches Telegramm, daß die Reservisten einberufen werden, in der gegenwärtigen Situation unsere Regierung compromittirt und die Renten um ein Procent zum Fallen bringt. Aber die sehr bestimmten und scharfen Befehle, die wir gegen solche Ausfährungen haben, gelten ja doch nicht bloß für die Inländer: warum also nicht den betreffenden „Ausländer“ gerichtlich aburtheilen und durch Richterspruch ausweisen lassen, wenn einmal durchaus zu diesen Mitteln gegriffen werden muß? Die Polizei-Motivirungen von „destruictiven Tendenzen“ und von „mangelnden Subsidienmitteln“ mahnen doch zu stark an die Zeiten Bachs und Weis von Starckenfels (unseres Hintelbels), als daß ein Ministerium Auerberg sich derselben bedienen sollte. Dabei wird man immer an den alten Spruch erinnert: daß ein Journalist nie wegen der irrigen Nachrichten in seinen Correspondenzen gemahnt wird, sondern immer nur wegen der unbestimmten Wahrheiten, die er hinausgeschrieen. Noch ein anderes Moment kommt hinzu. Das Ministerium setzt sich der Gefahr aus, ganz gemeinem Brodneid der Presbureau-Officiellen Vorwurf zu leisten, wenn es derartige Maßregelungen nicht principieell verschmäht. Daß diese Herren gar viel schänden und verleumben; daß gegen die lästigen Concurrenten ihre vorzüglichste Handhabe die Anklage wegen „Preußenheischerei“ ist, der sie als österreichische Patrioten steuern müssen: ist bekannt. Einer der Herren, der in dieser Sorte Patriotismus Geschäfte macht, ist selber erst seit einem Lustrum hier zugewandert, ein geborener Südböhmischer. Ein Anderer, mit dessen „Schwarzgeißel“ jetzt viel Lärm gemacht wird, schrieb am Vorabende des deutschen Krieges heraus, daß Österreich den Renten-Coupon nicht mehr einlöse. Das thut nichts, ihr Herr dreht sich dennoch vor Schmerz um, sobald sie sehen, daß ein namhaftes deutsches Blatt nicht von ihrer Glibde bedient wird, nicht ihnen tributpflichtig ist. Die Regierung also, die auf die Einschläferungen und Denunciationen dieser Herren Polizeimaßregelungen gründet, läuft Gefahr, wider Willen Interessen zu dienen, die sie mit Fuhrkitzen der Entrüstung von sich weisen würde, wenn sie ihre Ziele offen verfolgen wollten. Eine Geseßgebung, welche gestattete, Herrn Siegl wegen seiner in München geschriebenen Artikel im dortigen „Vaterland“ zu fassen, sobald er den Fuß nach Salzburg setzte, giebt um so mehr auch die Mittel zur gerichtlichen Verfolgung von Ausländern in Wien, wenn sie durch Briefe an eine deutsche Zeitung sich mit den Geseßen Österreichs in Collision bringen. Das Ministerium brauchte deshalb das Schubgesetz nicht gegen die Publicistik mobil zu machen. Seine ergeblichen Freunde stehen vor einem unlöslichen Räthsel und fragen vergebens, wo das hinaus soll? Die Vergleiche mit der Freiheit, die Belcredi und Hohenwart der Presse ließen, die Erinnerung, wie selbst Schmerling jede polizeiliche Maßregelung unbedingt verschmähte, macht es geradezu unerklärlich, wie ein Ministerium dazu greifen kann, dessen einzelnen Mitgliedern selbst der politische Gegner nicht freitlich machen wird, daß sie vollendete Gentlemen sind. Ist das Ministerium übertrieben nervös geworden durch die Schwierigkeiten mit Ungarn und im Reichsrathe? Nun, dann können seine besten Freunde es nur mit der „Neuen Freien Presse“ darauf aufmerksam machen, daß diese vermeintlichen Beweise von Stärke ihm sicherlich bloß schaden!

Wien, 10. Februar. [Montenegro und die Pforte.] Ein der „Pol. Corr.“ von türkischer Seite zugehendes Telegramm aus Konstantinopel stellt in Abrede, daß neuerdings Verhandlungen ernster politischer Natur zwischen Montenegro und der Pforte stattgefunden haben. Dagegen wird in diesem Telegramme die Thatfache gegeben, „daß der neue Gouverneur der Herzegowina, Ali Pascha, seinen Dragoman, den Schweizer Keutsch Effendi, allerdings nach Cetinje entsendet hat und dies ausschließlich zu dem Zwecke, um mit dem Fürsten von Montenegro wegen absolut localer Angelegenheiten, wie dies immer zu geschehen pflegt, eine Verbindung herzustellen. Nur hierauf und auf nichts Anderes habe sich die Mission Keutsch Effendi's bezogen.“

Schweiz.

Zürich, 8. Febr. [Aus dem Bundesrath. — Militär-Schulen. — Zum Schulwesen. — Zur Weltausstellung in Philadelphia. — Zum Eisenbahnwesen. — Das Steuergeseß in Neuenburg. — Socialdemokratisches. — Aus Hellikon. — Das Mausegewehr. — Kirchliches.] Der Bundesrath läßt die Freunde und Feinde des Banknoten-Geseßes lange jappeln, bis er nach neuer Sichtung der Referendums-Unterchriften für oder gegen Volksabstimmung entscheidet. —

Dagegen hat er das Geseß über Jagd und Vogelschutz in Kraft erklärt, weil nur etwa 10,000 gültige Stimmen dasselbe angefochten haben; es wird also künftig nach eidgenössischer Ordnung gejagt und geschossen. — Das Militär-Steuergeß wird nun ebenfalls mehrfach angezapft, wiewohl sich auch mit vollem Recht günstige Stimmen dafür erheben; bis zum 30. März haben die 30,000 Stimmen Zeit, welche die Volksabstimmung verlangen können. — Die Zeitungen veröffentlichen auf mehreren Folioseiten das gewaltig lange Verzeichniß der diesjährigen Militärschulen aller Waffen und Grade, welche in Thun und den zahlreichen übrigen Waffenplätzen der Schweiz abgehalten werden sollen. — Die Regierung von Glarus hat an den Bundesrath eine Denkschrift gerichtet, in welcher sie im Interesse der Schule lebhaft dagegen auftritt, daß die Lehrer außer dem Rekruten-Curs auch zu Offizieren befördert werden können. — Gegen früheres Erwarten wird nun doch die Schweiz auf der Welt-Ausstellung in Philadelphia recht ansehnlich von 376 Ausstellern, unter denen fast ein Viertel Züricher sind, vertreten sein. — Die Länge der schweizerischen Eisenbahnen ist auf 2005 Kilometer angewachsen. Im vorigen Jahre brachte der Kilometer durchschnittlich noch nicht 29,000 Fr. ein; die große Mehrzahl der Linien weist grausam kleine Zahlen auf, die durchaus nicht mit den rothigen Berechnungen der Rentirungskünstler stimmen. — Die unglückliche Nationalbahn, welche sich vermaß, durch eine neue Linie vom Bodensee bis zum Genfer-See die alten Linien aus dem Felde zu schlagen, hat schon für ihr erstes Stück (Constanz) Singen-Winterthur statt der vorgespiegelten 9% Mill. Fr. Baukosten fast 14% Mill. verbraucht und die Einnahme des Stückes seit Juli deckt nicht einmal die Betriebskosten. Das wird wohl nicht ohne einen bösen Krach abgehen. — Der Große Rath von Neuenburg hat das neue Steuergeß um den Grundrath der Progression bereinigt; allerdings ist noch Volksabstimmung darüber erforderlich. — Das Organ der Züricher Socialdemokraten, die „Tagwacht“, erklärt es für ein leeres Gerücht, daß man bei der Sylvestereier ein Crucifix mit Füßen getreten habe. Desto besser! — Für die Verunglückten in Hellikon, namentlich die Waisen, sind etwa 40,000 Fr. gesammelt worden. — Der bewährte Schütze Hauri, Büchsenmacher in Reinach, St. Argau, gewann gegen zwei Brenner, welche das Mausegewehr über Alles stellten, die Wette, daß er mit dem Marinißlupfer in 1/4 Minuten 30mal schießen würde; er schoß sogar 35mal. — Der in Paris verlorbene Stryenski, Offizier in der dreißiger polnischen Revolution, hatte sich in schweizerischen Diensten als Mitarbeiter der großen Dufourkarte und als Eisenbahn-Ingenieur rühmlich ausgezeichnet. — Unsere geistliche Blumenlese ist heute nur bescheiden. Das Luzerner „Vaterland“ setzt kläglich auseinander, daß die Geistlichen mit vollem Rechte die bloß bürgerliche Ehe ohne kirchliche Trauung vom Religionsstandpunkte aus als „unerlaubte Verbindung und Concubinat“ bezeichnen. Ob die Bundes-Behörde es gutmüthig einsehen wird, daß die gesetzlich eingeführte Civilehe auf solche Weise beschimpft wird? — Wie früher gemeldet, processiren die Stände Solothurn, Bern, Baselland, Argau und Thurgau, welche den Bischof Lachat abgesetzt haben, gegen denselben um Auslieferung des bedeutenden Legats der Frl. Vinder. Sie wollen nun ein Auge zudrücken und einem etwa zu bildenden Bisthum Luzern-Zug die Hälfte des Legats zuwenden. Herr Lachat wird aber ohne Zweifel seine Behauptung wiederholen, er sei noch immer Bischof aller sieben Cantone des Bisthums Basel und folglich Eigentümer des ganzen Legats. „Die Kirche hat eiserne Zähne und einen guten Magen.“ — Im Landrath von Glarus wurde bei der Verabreichung des Entwurfs der neuen Verfassung der Artikel, welcher den Mitgliedern religiöser Orden die Schule verschließt, mit kleiner Mehrheit gestrichen. Die Redner der Mehrheit behaupteten, die Klosterschule von Räfels habe sich bis jetzt nicht zu Schulden kommen lassen. Die Minderheit erwiderte vergebens, daß die Weltlichkeit der Schule grundsätzlich streng durchgeführt werden müsse.

Frankreich.

Paris, 9. Februar, Abends. [Der Rücktritt Leon Renault's. — Buffet's Candidatur in Castel-Sarrasin. — Aufruf der Internationals. — Thiers. — Zur Presse.] Das vor einigen Tagen umlaufende Gerücht von dem Rücktritt des Polizeipräsidenten Leon Renault hat heute seine Bestätigung erhalten. Die „Agence Havas“ meldet, daß Renault seine Entlassung gegeben hat und daß dieselbe angenommen wurde. Buffet hat also obgeleigt, obgleich der Polizeipräsident bei Mac Mahon persönlich in Gunst stand. Ohne Zweifel ist dabei dem Vicepräsidenten des Conseils die Abwesenheit des Duc Decazes und Leon Say's, die mit dem Polizeipräsidenten befreundet sind, zu Statte gekommen. Den Anlaß zu Renault's Rücktritt gab, wie man weiß, dessen Candidatur in Corbeil, die nach und nach immer entschiedener einen republikanischen Charakter angenommen hatte. Es verlautet noch nicht, wer Renault's Nachfolger sein wird, aber nach der „Agence Havas“ ist die Rede davon, die Befugnisse der Polizeipräsidenten zu verringern und den allgemeinen Sicherheitsdienst wieder vom Ministerium des Innern abhängig zu machen. Selbstverständlich wird Renault's Ausscheiden und die Umstände, welche dasselbe herbeigeführt haben, starken Einfluß auf den Ausfall der Wahlen üben, wenn Buffet's Popularität noch vermindert werden könnte, so würde sie durch dieses Begebniß vermindert werden. Auf alle Fälle aber ist es Buffet gelungen, Mac Mahon nach mehr bloßzustellen. Der Präsident wird sich zu den Diensten seines ersten Ministers nicht viel Glück zu wünschen haben. Renault's Wahl hätte, wenn er im Amte blieb, für einen Sieg der Regierung gegolten; sie wird jetzt für eine Niederlage derselben gelten müssen. Und sie ist gescheiter, als vorher. Daß Renault's politische Stellung durch den Vorgang nur gewinnen kann, ist einleuchtend; mehr als je sucht man in dem zurücktretenden Polizeipräsidenten einen Minister der Zukunft. — Buffet hat die Candidatur in Castel-Sarrasin (eine erotische Candidatur, wie sie der „Temps“ nennt) jetzt definitiv angenommen. Die Localblätter brachten heute sein Wahlrindschreiben, worin abermals Mac Mahon in den Vordergrund geschoben wird. Dasselbe lautet: Ich nehme die Candidatur an, welche Sie mir in Ihrem Arrondissement angeboten haben. Das freiwillige Zeugniß Ihres Vertrauens ist eine große Ehre für mich, und die Ueberzeugung, daß dieses Zeugniß sich weniger an meine Person, als an die Regierung des Marschalls Mac Mahon richtet, ist weit entfernt, seinen Werth in meinen Augen zu verringern. Sie haben in Ihrer Mitte Männer, welche sich durch Verdienst und geleistete Dienste Ihrer Wahl empfahlen; und eben diese haben die Initiative zu meiner Candidatur ergriffen, daher mir keine Zögerung gestattet war.“ So Herr Buffet. Da er einmal einen Wahlbezirk gewählt hat, in welchem er nicht persönlich bekannt ist, so läßt sich vermuthen, daß er sich an einen solchen wendet, dessen Präfect seiner Sache ganz sicher zu sein glaubt. Man hält aber hier nach Berichten aus dem Bezirk von Castel-Sarrasin den Erfolg Buffet's nicht für so ausgemacht, wie die Verwaltung glaubt. — Der „Gaulois“, dessen Mittheilungen in diesen Stücken freilich verdächtig sind, will erfahren haben, daß die Internationals an die Wähler von Lyon einen Aufruf gerichtet, worin es heißt: „Im Namen einer Gruppe Lyonerer Flüchtlinge beschwört die Internationals die Arbeiter sich lieber der Wahl zu enthalten, als ihre Stimmen falschen Demo-

kralen zu geben, wie Gambetta, welcher das Volk hintergeht und im Bade sich aufhalte, während man seine Wähler morder.“ — Thiers hat gestern eine Deputation von Intransigenten, die von ihm Aufschlüsse über seine Candidatur haben wollten, nicht vorgelassen. — Der Chefredacteur der royalistischen „Union“, Herr Laurentie, ein von allen Parteien um seines persönlichen Charakters willen sehr geschätzter Mann, ist heute früh in hohem Alter gestorben. Er zählte 83 Jahre und war geboren an dem nämlichen Tage, an welchem Ludwig XVI. enthauptet wurde. — Bei Plon sollen nächstens die in der „Revue des Deux Mondes“ erschienenen, vielfach bewirkten und kritisirten Artikel Klarke's über die beiden Kanzler Bismarck und Gortschakoff als gefondertes Buch herausgegeben werden.

Paris, 10. Febr. [Zum Rücktritt Leon Renault's. — Professor Regnault. — Die Ausforderung eines französischen Offiziers an die deutschen Offiziere. — Aus St. Etienne. — Zur Kunst.] Der Rücktritt Leon Renault's erregt begreiflicherweise große Sensation. Der sehr conservative „Moniteur“ meldet ihn mit dem Hinzufügen, daß er noch nicht an eine Nachricht glauben könne, welche die Freunde der Verfassung und des Marschalls tief betrüben müßte. Die „Republique“ erklärt, daß nun nichts mehr die Republikaner von Corbeil abhalten werde, Renault zum Deputirten zu wählen. „Es ist kein Grund vorhanden, sagt sie, diese loyal dargebotene Hand zurückzuweisen. Wir werden jedenfalls früher oder später in einer großen Zahl von Fragen Herrn Renault unter unseren Begnern finden; aber es ist dabei keine Zweideutigkeit möglich. Für den Augenblick handelt es sich noch darum, die Republik zu besessigen; Herr Renault verspricht uns bei diesem Werte behilflich zu sein.“ Wie bereits gemeldet, hat die „Agence Havas“ der Mittheilung über Renault's Rücktritt hinzugefügt, daß künftig der Sicherheitsdienst von der Polizeipräsidenten an das Ministerium des Innern übergehen solle. Darin hat man eine Art Rechtfertigung für die Entfernung Renault's suchen wollen. Die Bonapartisten, welche dem bisherigen Polizeipräsidenten ihren ganz besonderen Haß gewidmet haben, weil derselbe, wie man weiß, ihre Mäander rückfichtlos an's Licht gezogen hat, behaupteten seit lange, daß Renault nicht als Candidat in Corbeil auftreten dürfe, weil er dort eben so gut wie in Paris ein Amt bekleide, welches mit der Candidatur nicht verträglich ist. Denn wenn die Functionen des Polizeipräsidenten sich bloß über das Seine-Departement erstrecken, so leitete Renault als Director der Sicherheitspolizei die Polizeiverwaltung im ganzen Lande. Dem gegenüber erklären sich aber die „Debats“ heute zu der Erklärung ermächtigt, daß Renault aus dem alleinigen Grunde seine Entlassung gegeben habe, weil seine Stellung als Beamter ihm nicht mehr gestatte, die Freiheit zu bewahren, deren er als Candidat bedürfte.“ Die größte Freude macht die ganze Angelegenheit natürlich den Bonapartisten, die nicht mehr zu beschränken brauchen, daß Renault als Leiter der Sicherheitspolizei in Paris wie in den Departements ihnen auf die Finger sehen werde. Sie waren darin vollständig gleicher Meinung mit Buffet, daß es dem Polizeipräsidenten besser angefallen hätte, sich um die angebliebenen radikalen Verschönerungen zu bekümmern. Der Nachfolger Renault's ist, wie die „Agence Havas“ angezeigt hat, der Deputirte Felix Voisin, Staatsanwalt in Melun. Voisin, der bis zum 24. Mai stets mit Thiers gestimmt hatte (er war von der September-Regierung zum Procurator ernannt worden), hat sich nach dem Regierungsantritt Mac Mahon's zuerst den Feinden der Republik beigelegt, nachher aber doch für die Verfassung gestimmt. — In der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften hat sich ein äußerst peinlicher Vorfall ereignet. Der Professor Regnault, der Vater des bei Buzenval gefallenen Malers Genri Regnault, hielt einen Vortrag über die Weiter-Bestimmung, als plötzlich seine Stimme stockte, seine Rede unzusammenhängend wurde und die Anwesenden nur noch einzelne Worte, wie Berlin, die Preußen, Schlacht und dergleichen hörten. Regnault hatte einen Fall von Geistesverwirrung; man mußte ihn nach Hause führen. — Der „Moniteur“ meint jetzt, daß an der famosen Geschichte des Carriell's, welches von einem hinverbrannten französischen Offizier an die deutschen Offiziere geschickt worden, doch leider etwas Wahres sein könne und läßt sich zu milder Rüge veranlassen. Wir hatten bemerkt er, mit deutschen Blättern vorausgesetzt, daß es sich um eine lächerliche und bedauerliche Mystification handle. Die Informationen, welche uns zukommen, lassen uns befürchten, daß der Name eines Franzosen, der seit 1857 nicht mehr der Armee angehört, nachdem er bis dahin in der Fremdenlegion gedient hatte, mit diesem Vorkommniß verbunden ist. Welche Ursachen aber auch diese Herausforderung herbeigeführt haben mögen, so scheinen dieselben uns nicht der Art, die Herausforderung zu rechtfertigen. Wir halten derartige Aufreizungen für besonders bedauerlich und es heißt keinen intelligenten Patriotismus verkünden, wenn man sich ihnen anschließt.“ In den „Debats“ liest man gelegentlich des Unglücks in St. Etienne: Im Jahre 1865 ging auf je 46,000 zu Tage geförderte Tonnen Steinkohlen ein Menschenleben verloren und im Jahre 1869 auf je 48,000 Tonnen. Man constatirt mit einigem Erschrecken die Regelmäßigkeit dieser Unfälle. So zählte man im Jahre 1865 in Frankreich 1803 Verunglückte (darunter 391 Tode), in 1866: 1690 (330 Tode), in 1867: 1683 (447 Tode), in 1868: 1860 (348 Tode), in 1869: 1918 (395 Tode). Die Ziffern weichen also von einem Jahre zum andern nicht um ein Fünftel ab. Die meisten Unglücksfälle ereignen sich in den Kohlengruben, welche nur 85,000 Arbeiter von den 245,000 in Frankreich beschäftigten Bergleuten zählen. Sie bilden also nur den sechsten Theil der Bergwerksarbeiter und auf sie kommen 1/10 aller Unglücksfälle. — Vom 20. April ab wird Paris wieder eine italienische Oper haben. Die Leitung übernimmt Herr Leon Escudier, unter den bereits engagirten Künstlern befinden sich die Damen Stolz und Waldmann, die Herren Masini, Medini, Pandolfini. Man wird mit der Verdi'schen „Aida“ den Anfang machen; Verdi hat es übernommen, die Proben zu leiten.

Spanien.

Madrid, 3. Febr. [Vom Kriegsschauplatz. — Wahlergebnisse. — Die liberale Union. — Pressprocess. — Hinrichtung.] Die neuesten Bewegungen der Truppen im Norden, schreibt man der „R. Z.“, lassen endlich einmal wieder der Hoffnung Raum, daß die Entscheidung nicht mehr fern liegt. Von allen Seiten wird vorgerückt, ohne daß man indessen an irgend einem der vom Feinde ausgetretenen Stützpunkte ernstlichen Widerstand gefunden hätte. Nach den Berichten, welche General Duesada hierher gelangen läßt, durchziehen die Truppen nicht nur das Herz von Biscaya, um von Vitoria und dem Menathale nach Bilbao zu gelangen, sondern sie machen auch Anstalten, um auf der Straße von Bornoza in der Richtung nach Guipuzcoa zu marschiren. Diese Absicht hat den Feind veranlaßt, die Stellungen bei Durango und Guernica, welche er seither gegen jeden Angriff gesichert glaubte, aufzugeben. Unterdessen besetzt das auf der rechten Seite operirende Heer ganz Hoch-Navarra und schließt vollkommene die Grenze gegen Frankreich hin. Die Telegramme besagen zwar noch nicht, daß die diesseitigen Truppen schon in Vera sind; aber die Carlisten müssen sich von da schon zurückgezogen haben, sonst kann man es nicht erklären, daß die ersteren schon in Lesaca und Schalar sind. Die Vereinigung der beiden Heere in Guipuzcoa ist

